

Spurensuche nach Informalität: Vom leisen Verschwinden der Untersuchungsobjekte

Karl-Rudolf Korte

Kernaussagen

Um die Korridore des Politikmanagements in Demokratien zu bestimmen, sind die Muster des Entscheidens zwischen Formalität und Informalität ein zentraler Forschungsgegenstand. Aber die Regierungsforschung sucht nicht nur nach den Entscheidungsmustern, sondern auch nach der Legitimität des Verfahrens. Diese „Spurensuche“ ist für die Regierungsforschung schwieriger geworden, wenn gilt: Je mehr neue Kommunikationsmittel politisch genutzt werden, desto höher steigt der Grad an Informalität und die Dichte des Kommunikationsflusses. Zeitgleich – und darin liegt die Paradoxie – verstummen die politischen Akteure immer mehr. Korte argumentiert, dass sich die Regierungsforschung den informalen Kommunikationskanälen der Politik nähern muss, um Entscheidungs- und Legitimitätsmuster zu verstehen.

Die moderne Regierungsforschung zielt auf die Analyse der Regierungspraxis (Florack & Grunden, 2011). Instrumente, Techniken, Stile des Regierens kreisen um Innenansichten der Macht bei der Praxis des Regierens (Korte & Fröhlich, 2009). Um die Korridore des Politikmanagements in konsolidierten Demokratien zu bestimmen, sind die Muster des Entscheidens zwischen Formalität und Informalität stets Forschungsgegenstand, um Steuerungswissen zu generieren. Diese Muster sind immer eine Spurensuche nach Informalitätskulturen: „Entscheiden im Schatten der Formalität“ (Pannes, 2011, S. 53). Praktiken und Routinen des Regierens kann man davon ableiten (Büger & Gadinger, 2011). Steuerungswissen sollte sich auch mit dem kritischen Verstehen der Entscheidungsprozesse auseinandersetzen. Insofern sucht die Regierungsforschung nicht nur nach dem Muster des Entscheidens, sondern auch nach der Legitimität des Verfahrens. Wer das Verfahren kennt, ist auch in der Lage die Qualität einer Demokratie zu beurteilen. Wer entscheidet, ist eine Schlüsselfrage nicht nur der Regierungs-, sondern auch der Demokratieforschung (Fuchs & Roller 2008).

Sowohl die Muster des Entscheidens (wer ist wie beteiligt?) als auch die Legitimität des Verfahrens (wer ist demokratisch beauftragt?) setzen in gewissem Maß Transparenz voraus, sonst muss die Erkenntnissuche des Wissenschaftlers von Beginn an scheitern. Die Analyse der Regierungspraxis – und das ist die These dieses Beitrags – ist zukünftig zum Scheitern verurteilt, wenn sich die Tendenz verstärkt, absichtsvoll keine Spuren mehr beim substanziellen politischen Entscheidungsmanagement zu hinterlassen.

Steuerungswissen in einer „Entscheidungsgesellschaft“ (Schimank, 2005) muss in der Politikwissenschaft immer mit der Frage verknüpft werden, wer letztlich die Entscheidungen fällt, wer sie zu verantworten hat, wie transparent sie fallen. Insofern ist das Suchen nach Informalitätskulturen auch immer mit der zentralen Frage „Who governs?“ (Florack, Grunden & Korte, 2011, S. 195-201) verbunden. Wenn klar ist, wer die Entscheidung fällt, wo somit die Macht- und Entscheidungszentren liegen, erhält das formelle oder informelle Politikmanagement daraus abgeleitet seine besondere Forschungsrelevanz. Politikmanagement verbindet die Steuerbarkeit des politischen Systems mit der Steuerungsfähigkeit der politischen Akteure (Korte & Fröhlich, 2009, S. 175-176). Um das Räderwerk der Politik in Schwung zu halten, muss jede Regierung beachten, dass sie je nach Lageeinschätzung höchst unterschiedliche Steuerungsmechanismen aktiviert. Wie sich die Regierungssteuerung konkret gestalten kann, ist auch davon abhängig, in welcher Arena sie sich abspielt.

Drei Arenen sind dabei grundsätzlich zu unterscheiden: Die parlamentarische, die administrative und die öffentliche Arena (Korte & Fröhlich, 2009, S. 230-235). Alle drei Arenen verfügen über ausdifferenzierte Handlungsebenen mit eigenen Handlungslogiken und Handlungsanforderungen, unterschiedlichen Reichweiten, Grenzen und verschiedenen Beteiligungschancen der Bürger: Die Parteiendemokratie (unter welcher man aus steuerungstechnischer Sicht die Kanzlerdemokratie und die Koalitionsdemokratie subsumieren könnte), die Verhandlungsdemokratie sowie die Mediendemokratie. Die Grundthese ist, dass sich diese drei Handlungsebenen des Regierens im Zuge der Professionalisierung von Politik in den letzten Jahrzehnten zunehmend ausdifferenziert haben. Dadurch ist das Prinzip der repräsentativen Demokratie belastet worden. Denn die Herstellung und Legitimation verbindlicher kollektiver Entscheidungen ist aus der dafür vorgesehenen parlamentarischen Arena ausgewandert: durch Überlagerung, Ergänzung, Erweiterung von Regelsystemen der repräsentativen Demokratie.

Das Politikmanagement einer Regierung ist komplex. Alle Entscheidungen fallen unter den Bedingungen von wachsender Unsicherheit, zunehmendem Nichtwissen, unklaren Risikoabwägungen und extrem begrenzter Rationalität (Schimank, 2005; Gigerenzer, 2009). Das Entscheidungsverhalten individueller politischer Akteure ist in diesem Kontext von Rationalitätsillusionen einzuordnen. Hinzu kommt eine spezifische politische Rationalität, die mit dem prekären Arbeitsplatz des Parteipolitikers einhergeht (Best, Jahr & Vogel, 2011). Er muss täglich Mehrheiten organisieren, um sein Mandat zu sichern, ohne Kündigungsschutz zu genießen. Dabei wird der

Spitzenakteur alles tun, um Entscheidungen zu vermeiden. Nur so kann er Optionen offenhalten; nur so kann er vorzeitige Polarisierungen und neue gegnerische Mehrheitskonstellationen vermeiden; nur so kann er weiterhin seinen Einfluss vor einer potentiellen Entscheidung einbringen. Politische Akteure sind Interdependenzmanager (Korte & Fröhlich, 2009:356). Entscheidungsmechanismen stehen somit unter den Bedingungen einer spezifischen politischen Rationalität der Akteure immer im Spannungsfeld von Macht- und Einflussfragen (auch Priddat, 2009, S. 20-22). Wer entscheidet wie? Diese Frage kann deshalb nicht nur mit formellen und transparenten Verfahrenswegen beantwortet werden. Unser Steuerungswissen im Hinblick auf Governance und Government braucht geradezu als Pendant das Forschungsfeld von reziproken Formalitäts- und Informalitätsbezüge.

Man kann sogar noch einen Schritt weitergehen: Informelle Entscheidungsverfahren gewährleisten ganz offensichtlich die Entscheidungsfähigkeit in formalen Entscheidungsinstitutionen (Grunden, 2011, S. 257); das heißt Governance als optimale Handlungskoordination hat durchaus auch positive Funktionen. Der Sprachgebrauch zur Informalität ist vielsagend: Die neutrale Konnotation geht vom sogenannten „kleinen Dienstweg“ in Organisationen aus (Schimank, 2007, S. 202). Das kann von der Banalität des Informationsaustauschs am Kaffee-Automaten bis zum SMS-Austausch in Netzwerken reichen. Negativ klingen die Bezeichnungen „abweichendes Verhalten“ (Benz, 2004, S. 26) oder „brauchbare Illegalität“ (Luhmann, 1964, S. 304-314). Positiv hingegen zielt eine Verortung von Informalität auf „Politikberatung im Innenhof der Macht“ (Grunden, 2010). Dabei stehen sogenannte „Machtmakler“ (Korte, 2003) als beratende Vermittler zum Politikmanagement und zur internen Politikberatung zur Verfügung. Mit ihnen lässt sich personalisiert jede Komplexität reduzieren. Traditionell werden Informalität und Formalität in einem spannungsgeladenen binärem Antagonismus dargestellt. Politikwissenschaftlich ist es jedoch für die Regierungsforschung angemessener eher von einem Kontinuum auszugehen, innerhalb dessen sich fallspezifisch mehr oder weniger Formalität in der Regierungspraxis nachweisen lässt.

Zum Kern-Untersuchungsobjekt der Regierungsforschung gehören dabei die Vorbereitung von politischen Entscheidungen in Regierungszentralen; das Entscheiden als kollektive Handlungsfähigkeit in fragmentierten Regierungsformationen und gleichermaßen das intraorganisatorische Governance in Parteien, Parlamenten oder anderen politischen Institutionen. Tendenziell ist der Gegenstandsbereich der Regierungszentralen und der Regierungsformationen wichtiger geworden, da der Bedeutungsgewinn der Exekutive gegenüber der Legislative auch den Forscherblick verlagern muss.

Nun ist es nicht nur schwieriger geworden, diese Untersuchungsobjekte wissenschaftlich zu durchdringen. Vielmehr verschwindet das Untersuchungsobjekt leise, aber wirkungsvoll für den Regierungsforscher. Das hängt maßgeblich – und geradezu kumulierend – mit folgenden Veränderungen der

letzten Jahre zusammen (vgl. auch Korte & Grasselt, 2007; Korte, 1998; Rüb, 2009):

- a) Wachsender Komplexität: Immer mehr Akteure in immer stärker globalisierten Verhandlungsformaten ohne hierarchische Formen der Handlungskoordination arbeiten an Problemlösungen. Dabei sind immer häufiger private und öffentliche Akteure in Netzwerken zusammen zu bringen. Hier wächst Governance im Schatten von Formalität. Das Politische wandert aus.
- b) Erlernen von Risikokompetenz: Unter dem Druck der Ereignisdichte ändert sich die Natur der Politik. Der neue Rhythmus der Politik setzt Spontaneität und Risikokompetenz bei den Akteuren voraus, wenn Gewissheitsschwund zur Regel wird. Das Überraschende zu erwarten, kann zur politischen Überlebensformel mutieren. Professionelle Politik folgt dieser Lernstrategie. Doch Muster des Entscheidens daraus systematisch abzuleiten, wird zur Herkulesaufgabe für Wissenschaftler.
- c) Einer Zeitkrise des Politischen (Korte, 2011): Die enorme Beschleunigung des notwendigen politischen Entscheidungsmanagements erschwert die Dokumentation der Abläufe und Vorgänge. Die Ressource Zeit schwindet. Immer mehr Entscheidungen müssen mit immer größerer Tragweite in immer kürzeren Abständen von der Politik gefällt werden. Diese gelebte „Gegenwartsschrumpfung“ (Lübbe) problematisiert jede authentische Rekonstruktion von Entscheidungen. Regieren im Minutentakt unter Echtzeit-Bedingungen ist die Maxime im digitalen Zeitalter.
- d) Sperrfristen-Nostalgie für Verschluss-Sachen: Die Politik entzieht sich seit Jahren den berechtigten Forderungen der Wissenschaft, das Archivgut des Bundes vorzeitig – also vor der 30 Jahres-Sperrfrist – zugänglich zu machen. Das Bundesarchivgesetz lässt zwar Ausnahmeregelungen zu, doch breitet sich eher eine restriktive Handhabung aus (Blasius, 2010).
- e) Neuen Spielregeln politischer Öffentlichkeit: Online-Kommunikation im Intranet der politischen Institutionen erschwert im Vergleich zur Aktenführung die Analyse von Vorgängen. Problematischer sind allerdings die unter dem „Leaks“-Diskurs (Münkler, 2010) offenbar entstandenen neuen Spielregeln der strukturlosen Online-Öffentlichkeit. Hier erwächst der Eindruck, dass durch eine potentielle Tyrannei der Transparenz jede Form der politischen Vereinbarung erschwert wird. Ohne Vertraulichkeit können keine Verhandlungen geführt werden. Wenn sich die Spielregeln von Öffentlichkeit ändern, kompensiert dies die Politik mit Auswegen, die eine Analyse von Informalitätskulturen vermutlich nur noch mit Mitteln des Geheimdienstes zulassen, nicht jedoch mit wissenschaftlichen Methoden. Das demokratisch notwendige Transparenzgebot für Verhandlungen mutiert unter den Leaks-Optionen zur Farce. Auch für den Regierungsforscher stellen sich die grundsätzlichen Fragen: Ist die Gewinnung der Informationen legitim? Ist die Verwendung nicht legitim gewonnener Informationen legitim (Gauck, 2011)?

Die Spurensuche für die Regierungsforschung wird unter diesen Bedingungen extrem schwer. Das ist Paradox: Je mehr neue Kommunikationsmittel auch politisch genutzt werden, desto höher steigt der Grad an Informalität und die Dichte des Kommunikationsflusses (vgl. auch King, 2011). Zeitgleich – und darin liegt die Paradoxie – verstummen die politischen Akteure immer mehr.

Die Qualität der Demokratie ist von der Ressource Vertrauen abhängig. Die Politikverdrossenheit der Bürger hat auch immer mit Misstrauen gegenüber der Problemlösungskompetenz der Politiker zu tun. Die Unterhöhlung der Demokratie durch Entscheidungen, die vielen Wählern „bürgerfern“ vorkommen, potenziert das fehlende Vertrauen. Aber auch umgekehrt bleibt die Ressource Vertrauen signifikant für den Arbeitsalltag der Politik und der Regierungsforscher.

Denn die Vertrauenskrise geht einher mit dem wachsenden Ruf nach Transparenz. „Vertrauen ist der Zustand zwischen Wissen und Nichtwissen“ (Han, 2011, S. 47). Wo das Vertrauen schwindet, wird automatisch der Ruf nach mehr Transparenz laut, was in der Regel mehr Kontrolle bedeutet. So sehr Demokratie von Offenheit lebt und auch Regierungsforschung auf Offenheit für Recherchen angewiesen ist, führt übersteigerte Transparenz in die totale Kontrollgesellschaft. Ein bestimmtes Maß an Vertraulichkeit politischer Entscheidungsvorbereitung ist ein „strukturell notwendiges Korrelat zum umfassenden und permanenten Öffentlichkeitspostulat der Demokratie“ (Depenheuer, 2000, S. 16-17; auch Sarci-nelli, 2011, S. 78). Vertrauen ist immer an die Möglichkeit des Geheimnisses gebunden (Münkler, 2010). Der Arkanbereich des Politischen lebt von der Aura der Intransparenz. Hier ist der Ort legitimer Geheimhaltung (geheimes Herrschaftswissen). Die Demokratie braucht Orte, wo Akteure ungestört planen und Handlungsoptionen prüfen können. Das Ausmaß und die angemessene Dosierung an Vertraulichkeit sind mit unterschiedlichen Erwartungen konfrontiert. Ein Dilemma breitet sich aus: Das Öffentlichkeitspostulat der Demokratie markiert die Freiheit der Demokratie. Gleichzeitig bedarf der „Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung“ (Bundesverfassungsgericht) des Schutzes vor direkter Einsichtnahme. So wird die „Leaks“-Option perspektivisch zur Verlagerung von Entscheidungsorten, die für die Forschung schwer zu vermessen sind, führen. Vermutlich nimmt die Entscheidungsfindung im Stil des Retro-Government zu: Vier-Augen-Absprachen ohne Spuren zu hinterlassen. Informalität wird aus der Informationskonkurrenz in all seinen Facetten – bis zur strikten Geheimhaltung – deshalb zunehmen. Damit verschiebt sich die Intensität von Informalität in der Regierungspraxis. Das wird auf dem Kontinuum „Formalität-Informalität“ in Richtung mehr Informalität ablesbar werden.

Schwieriger wird die Spurensuche als Regierungsforscher konkret im Hinblick auf folgende fünf Untersuchungsgegenstände, illustriert am Beispiel einer Regierungszentrale (Korte, 1998):

- Telefongespräche zur Vorbereitung von Entscheidungen und zur Sondierung der Lage waren schon immer wichtig

und gleichermaßen schwer nachzuweisen. Smart-Phones gehören mittlerweile zu den Instrumenten des Regierens, wobei hierbei eben keine Telefongespräche über Sekretariate vermittelt werden, sondern in Eigenregie rund um die Uhr von den Akteuren selbst geführt werden.

- Formelle Verhandlungen und Koordinationsleistungen jeglicher Art kennzeichnen den Arbeitsalltag in einer Regierungszentrale. Die Intensität der Koordinationsnotwendigkeit hat policy-bezogen zugenommen. Damit erhöht sich zugleich der Anteil an Informalität und Vier-Augen-Absprachen. Das komplementäre Verhältnis von Informalität, die ohne Formalität gegenstandslos ist sowie von Formalität, die ohne Informalität defizitär bleibt (Pannes, 2011, S. 39), erschwert die wissenschaftlichen Zugänge.
- Online-Kommunikation jeglicher Art wirft Grundsatzfragen auch für den Regierungsforscher auf: Wem gehören die Daten? Immer klarer wird auch auf diesem Feld, dass in einer Netzwerk-Gesellschaft der Zugang zu Informationen und der Besitz von Informationen zu zentralen Machtquellen geworden sind.
- Die schriftlichen Aufzeichnungen im Sinne von Weisungen oder generellen Aktenvermerken verschwinden nicht, aber die persönliche Handschrift des Dienstvorgesetzten im Umgang mit Akten wird immer weniger sichtbar. Früher wurde Tipp Ex eingesetzt, heute intensiv mit sogenannten „Post-it’s“ gearbeitet, die vor Eingang in den amtlichen Geschäftsgang der Behörde leicht zu entfernen sind.
- Kleinteiliges Regieren führt unter Komplexitäts- und Globalisierungsbedingungen automatisch zur Verlagerung von Entscheidungsorten. Überall kann ortloses Regieren erfolgen, was die Spurensuche im Politikmanagement verkompliziert.

Welche Auswege bieten sich für die Regierungsforschung an, wenn sie weiterhin an Erkenntniszuwachs trotz dieser Hürden interessiert ist? Wie können Innenansichten der Macht und Handlungskorridore des Regierens weiterhin erforscht werden? Zunächst kann an einer Intensivierung und Qualitätssteigerung vor allem der qualitativen Analysemethoden gearbeitet werden. Das betrifft Interviewtechniken ebenso wie beispielsweise hermeneutische Verfahren. Auch eine politikwissenschaftliche Öffnung gegenüber sozialwissenschaftlichen wie ethnographischen Herangehensweisen ist ratsam. Denn wenn das Untersuchungsfeld komplexer und unsichtbarer wird, brauchen wir Verfahren, um mehr, um Anderes, um perspektiv-variant zu sehen.

Auch teilnehmende Beobachtung von Wissenschaftlern in Begleitung von politischen Spitzenakteuren – als bewährte Methode der sozialwissenschaftlichen Feldarbeit (Nullmeier, 2003; Schöne, 2005) – sollte verstärkt eingesetzt werden. Die Politikwissenschaft sollte es zudem nicht nur den Historiker überlassen, sich für eine schnellere Öffnung der Archive einzusetzen und eine neue Verschlusssachen-Gesetzgebung zu fordern. Wissenschaftlich sollte auch der Kampf um den Zugang zu Online-Quellen aufgenommen werden, deren

Besitz für Wissenschaftler immer wichtiger wird. Jeder hinterlässt Spuren im virtuellen Raum. Nichts von dem verschwindet, sondern speist Datenbanken. Doch wer hat das Recht damit zu arbeiten?

Leise verschwindet seit Jahren der Gegenstand der Untersuchung für moderne Regierungsforschung. Die Spurensuche bleibt aber wichtig, weil in konsolidierten Demokratien jede Politik rechenschafts- und begründungspflichtig ist. Regierungsforscher leisten in diesem Bereich einen signifikanten Beitrag zur Qualität der Demokratie.

Literatur

- Benz, A. (2004). Governance, in: Ders. (Hrsg.) *Governance. Regieren in komplexen Regelsystemen*. Wiesbaden, S. 22-28.
- Best, H., Jahr, S. & Vogel, L. (2011). Karrieremuster und Karrierekalküle deutscher Parlamentarier. In: M. Edinger & W. Patzelt (Hrsg.). *Politik als Beruf*, S. 168-191.
- Blasius, R. (2010). Das streng geheime Dokument. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 206 (6. September), S. 1.
- Büger, C. & Gadinger, F. (2011). Die Formalisierung der Informalität. Ein theoretischer Klärungsversuch eines vagen Begriffs, Papier DVPW Jahrestagung Informelles Regieren in Duisburg 2./3.2.2011.
- Deppenheuer, O. (2000). Öffentlichkeit und Vertraulichkeit, in: Ders. (Hrsg.): *Öffentlichkeit und Vertraulichkeit. Theorie und Praxis politischer Kommunikation*. Wiesbaden, S. 7-20.
- Florack, M./Grunden, T. (Hrsg.) (2011). *Regierungszentralen. Organisation, Steuerung und Politikformulierung zwischen Formalität und Informalität*. Wiesbaden.
- Florack, M./Grunden, T./Korte, K. (2011). Kein Governance ohne Government. In: S. Bröckler & J. von Blumenthal (Hrsg.). *Regierungskanzleien im politischen Prozess*, Wiesbaden, S. 181-202.
- Fuchs, D. & E. Roller (2008). Die Konzeptualisierung der Qualität von Demokratie. In: A. Brodacz u.a. (Hrsg.). *Bedrohungen der Demokratie*, Wiesbaden, S. 77-96.
- Gauck, J. (2011). Transparenz allein ist ein Wert. Ein Gespräch mit Gauck. *Die Zeit* 4 (20. Januar).
- Gigerenzer, G. (2009). *Das Einmaleins der Skepsis. Über den richtigen Umgang mit Zahlen und Risiken*. 6. Aufl., Berlin.
- Grunden, T. (2009). *Politikberatung im Innenhof der Macht. Zu Einfluss und Funktion der persönlichen Berater deutscher Ministerpräsidenten*. Wiesbaden.
- Grunden, T. (2011). Das informelle Politikmanagement der Regierungszentrale. Vom Sekretariat der Regierung zum Machtzentrum der Regierungsformation. In: Florack & Grunden (Hrsg.). *Regierungszentralen*, Wiesbaden, 249-284.
- Han, B. (2011). Nur eine Maschine ist transparent. *Brand Eins*, H. 07, S. 46-49.
- King, G. (2011). Ensuring the Data-Rich Future of the Social Science. *Science* 331, S. 719-721.
- Korte, K. (1998). *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989*. Stuttgart.

Korte, K. (2003). Machtmakler. Der personelle Faktor im Entscheidungsprozess von Spitzenakteuren. In: G. Hirscher & K. Korte (Hrsg.). *Information und Entscheidung. Das Kommunikationsmanagement der politischen Führung*. Opladen, S. 15-28.

Korte, K. (2011). Eine Zeitkrise des Politischen, in: www.Regierungsfor-schung.de.

Korte, K. & M. Fröhlich (2009). *Politik und Regieren in Deutschland*. 3. Aufl. Paderborn u.a.

Korte, K. & N. Grasselt (2007). *Führung in Politik und Wirtschaft. Instrumente, Stile, Techniken*. Wiesbaden.

Luhmann, N. (1964). *Funktionen und Folger formaler Organisation*. Berlin.

Münkler, H. (2010). Vom Nutzen des Geheimnisses. *Der Spiegel* Nr. 49, S. 160 f.

Nullmeier, F. u.a. (2003). *Mikro-Policy-Analyse. Ethnographische Politikforschung am Beispiel der Hochschulpolitik*. Frankfurt/M.

Pannes, T. (2011). Dimensionen informellen Regierens. In: Florack & Grunden (Hrsg.). *Regierungszentralen*, Wiesbaden, S. 35-92.

Priddat, B. (2009). *Politik unter Einfluss*, Wiesbaden.

Rüb, F. W. (2009). Über das Organisieren der Regierungsorganisation und über Regierungsstile. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, H.1, S. 43-60.

Sarcinelli, U. (2011). *Politische Kommunikation in Deutschland. Medien und Politikvermittlung im demokratischen System*, 3. Aufl. Wiesbaden.

Schimank, U. (2005). *Die Entscheidungsgesellschaft. Komplexität und Rationalität der Moderne*, Wiesbaden.

Schimank, U. (2007). Organisationstheorien. In: A. Benz u.a. (Hrsg.). *Handbuch Governance*, Wiesbaden, S. 200-211.

Schöne, Helmar (2005). Die teilnehmende Beobachtung als Datenerhebungsmethode in der Politikwissenschaft. *Historical Social Research* 30, S. 168-199.



Karl-Rudolf Korte studierte Politikwissenschaft, Germanistik und Pädagogik in Mainz und Tübingen. 1983 erwarb er das Staatsexamen und 1988 promovierte er an der Universität Mainz. 1997 folgte die Habilitation im Fach Politische Wissenschaften an der Universität München. Seit 2002 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen im Fachgebiet "Politisches System der Bundesrepublik Deutschland und moderne Staatstheorien". Email: krkorte@uni-duisburg-essen.de